
Vorsitz: Tschechische Republik**926. PLENARSITZUNG DES FORUMS**1. Datum: Mittwoch, 2. Oktober 2019

Beginn: 10.05 Uhr

Unterbrechung: 13.05 Uhr

Wiederaufnahme: 15.00 Uhr

Schluss: 15.45 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter I. Šrámek
D. Řezníček3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG ZUR RESOLUTION 1325
DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN
NATIONEN– *Vortrag von Oberst M. Dvořáková, Leiterin der Abteilung
Öffentlichkeitsarbeit, Generalstab der tschechischen Streitkräfte*– *Vortrag von Oberst C. A. McKenna, Director of Air Plans, Kanadische
Luftwaffe*– *Vortrag von R. Blum und Oberstleutnant P. Östman, schwedische Vertreter
des Nordic Centre for Gender in Military Operations*Vorsitz, Oberst M. Dvořáková (FSC.DEL/198/19 OSCE+),
Oberst C. A. McKenna (FSC.DEL/199/19 OSCE+),
Oberstleutnant P. Östman, R. Blum (FSC.DEL/200/19 OSCE+), Finnland –
Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro,
Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und
Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und
Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und
EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien,
Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/201/19), Slowenien

(FSC.DEL/195/19), Slowakei, Schweden, Georgien (FSC.DEL/196/19 OSCE+), Armenien, Schweiz (FSC.DEL/197/19 OSCE+), Kanada, Türkei, Vereinigte Staaten von Amerika, Italien, Heiliger Stuhl, FSK-Koordinator für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 (Vereinigtes Königreich)
(Anhang 1)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/204/19 OSCE+), Finnland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/202/19), Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Russische Föderation*
- (b) *Groß angelegte Militärübung Armeniens vom 24. September bis 6. Oktober 2019: Aserbaidshan (Anhang 2), Armenien (Anhang 3)*
- (c) *Beteiligung der Sicherheitskräfte des Kosovo an der Militärübung „Albanian Effort 19“ vom 9. bis 17. September 2019 in Albanien: Russische Föderation (Anhang 4), Vereinigtes Königreich*

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Protokollarische Angelegenheiten: Schweiz, Vorsitz*
- (b) *Bericht des Vorsitzenden über die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2019 vom 25. bis 27. Juni 2019 in Wien (PC.DEL/1062/19): Koordinatorin des FSK-Vorsitzes für die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2019 (Griechenland)*
- (c) *Militärübung „Silver Arrow 2019“ vom 23. September bis 6. Oktober 2019 in Lettland: Lettland*
- (d) *Inspektionsbesuch vom 16. bis 20. September 2019 in Spanien: Spanien*
- (e) *Politisch-militärische Klausur am 30. September und 1. Oktober 2019 in Bratislava: Slowakei*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 9. Oktober 2019, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

926. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 932, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES FSK-KOORDINATORS FÜR ANGELEGENHEITEN
BETREFFEND UNSCR 1325 (VEREINIGTES KÖNIGREICH)**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich mich bei den Rednern für ihre Vorträge bedanken, die zu den spannendsten zählten, die ich seit langem im FSK erlebt habe. Dank gebührt auch dem tschechischen FSK-Vorsitz – nicht nur dafür, dass er dieses äußerst wichtige Thema weiterhin weit oben auf unserer Agenda platziert, sondern auch dafür, dass er erneut für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter unter den Rednern gesorgt hat. Besonders die Bemerkungen zur operativen Effektivität und die Aussage von Leutnant Magdalena, die demografische Entwicklung lasse uns keine Wahl, haben mich beeindruckt.

Auch wenn wir generell im Zusammenhang mit Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen von einer Resolution über Frauen und Frieden und Sicherheit sprechen, kann das meiner Meinung nach etwas missverständlich sein. Es geht bei diesem Thema nicht nur um Frauen, sondern auch um Menschenrechte und um Frieden und Sicherheit in einem umfassenden Sinn. Die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen betrifft jeden einzelnen von uns in diesem Raum. Es geht um Frieden und Sicherheit unter der Prämisse der Inklusivität, wobei wir unterschiedlichste Perspektiven und Denkweisen einbeziehen. Es geht darum sicherzustellen, dass im Rahmen der Bemühungen um Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft Rechnung getragen wird.

Jede Woche hören wir in diesem Gremium über die hervorragende Arbeit, die die Sonderbeobachtermission (SMM) in der Ostukraine leistet. Frauen spielen in der Zivilgesellschaft der Ukraine nach wie vor eine besonders aktive Rolle – als Menschenrechtsverteidigerinnen und indem sie auf beiden Seiten der Kontaktlinie den Zugang zu humanitärer Hilfe, Bildung und Gesundheitsversorgung sicherstellen. Aber wie in so vielen anderen Bereichen sind Frauen auch in der SMM unterrepräsentiert. Die Mission hat zwar im März des letzten Jahres einen Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter angenommen und baut ein Netzwerk von Kontaktstellen für Genderfragen auf, Frauen stellen aber weiterhin nur 20 Prozent der Beobachter, und auch in Leitungs- und Führungspositionen vor Ort gibt es nur wenige Frauen. Das muss sich ändern!

Wir alle können etwas verbessern, auch hier in Wien, jeden Tag. Wir müssen auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis bei den Rednerinnen und Rednern und auf gendersensible Einstellungsverfahren drängen, unserer Hauptstädte auffordern, weibliche Kandidaten zu nominieren, insbesondere für Feldoperationen und autonome Institutionen, wir müssen unsere sprachlichen Gepflogenheiten hinterfragen. Ob Botschafterin oder Praktikant – jede Stimme zählt. Es kommt wirklich darauf an, was und wie wir etwas sagen; wir sollten unsere Worte sorgfältig wählen und anderen mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich beglückwünsche das Sekretariat für alle bereits ergriffenen Maßnahmen. Aber nochmals: es kann und sollte noch mehr getan werden. Der Generalsekretär hat für seine Führungskräfte ein Gender-Fortbildungsprogramm angeregt, das meines Wissens gut aufgenommen wurde. Ich denke, es wäre sinnvoll, diese Fortbildung auch für andere OSZE-Mitarbeiter anzubieten. Vielleicht könnte sie sogar auf freiwilliger Basis für Diplomaten, die in die Wiener Delegationen entsandt werden, angeboten werden.

Ich möchte denjenigen Teilnehmerstaaten gratulieren, deren Sicherheitskräfte bereits einen hohen Frauenanteil aufweisen. Und ich möchte Sie bitten, über Ihre Erfahrungen zu sprechen, damit wir alle Fortschritte machen können, insbesondere was die Frauenquote unter den Entscheidungsträgern auf Führungsebene angeht. Sie können mit gutem Beispiel vorangehen und uns den Weg weisen. Demnächst feiern wir das zwanzigjährige Bestehen der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates – seien wir ehrgeizig und arbeiten wir zusammen daran, die im Jahr 2000 eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen!

Als Offizier trage ich besondere Verantwortung in dieser Frage. Es ist mir eine Freude, Ihnen mitzuteilen, dass das von Bangladesch, Kanada und dem Vereinigten Königreich ins Leben gerufene *Women, Peace and Security Chiefs of Defence Network* bereits seit über einem Jahr besteht. Es kann nur als positives Zeichen gewertet werden, wenn sich hochrangige Militärangehörige aktiv um die Förderung der Teilhabe von Frauen in ihren Streitkräften bemühen und eine Genderanalyse in ihre Bemühungen um das Verständnis der lokalen Bevölkerung und ihre Planung einzubeziehen. Ferner möchte ich die Arbeit des *Nordic Centre for Gender in Military Operations* lobend hervorheben, das mit Unterstützung der Niederlande und Kanadas hervorragende Kurse anbietet. Ich möchte auch den Teilnehmerstaaten empfehlen, ihre militärischen Führungspersonlichkeiten zur Konferenz der PSVI (Initiative zur Verhütung von sexueller Gewalt in Konflikten) zu entsenden, die vom 18. bis 20. November in London stattfindet. Bei der Veranstaltung wird es zwei Podiumsdiskussionen zur Rolle der Streitkräfte bei der Verhütung und Bekämpfung von sexueller Gewalt in Konflikten geben.

Ich bin auch ein Mitglied des OSZE-Netzwerks MenEngage. Dieses Netzwerk will auf den soliden, von Botschafter Benedejič geschaffenen Grundlagen aufbauen, und ich weiß, dass Botschafter Bush sehr viel daran gelegen ist, seine Arbeit fortzuführen, um das Bewusstsein für den großen Einfluss zu schärfen, den Männer ausüben können, indem sie geschlechterspezifischer Gewalt ein Ende setzen und gegen jede Form von Ungleichheit auftreten. Das Netzwerk bemüht sich um Geschlechterparität auf allen Funktionsebenen der OSZE, energische Vorgehensweise gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung, Nulltoleranzpolitik in Bezug auf sexuelle Belästigung und vollständige und wirksame Beteiligung von Frauen in den Bereichen Konfliktverhütung, -lösung und -mediation.

Das Stipendium von OSZE und UNODA für Frieden und Sicherheit wird nächsten Frühling bereits zum dritten Mal angeboten. Das Programm zielt auf die Förderung der Teilhabe von Nachwuchskräften, insbesondere Frauen, in den Bereichen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung ab. Es umfasst acht Wochen Online-Unterricht und anschließend eine Woche Unterricht vor Ort in Wien. Bisher hat dieses Stipendienprogramm, das den *OSCE Gender Champion Award* gewann, 200 Absolventen hervorgebracht. Voraussichtlich wird der Kurs im nächsten Jahr ebenfalls voll ausgebucht sein. Bitte ziehen Sie eine finanzielle Unterstützung dieses überaus wertvollen Programms in Erwägung.

Ich greife den Appell der Europäischen Union an die OSZE auf, einen eigenen, OSZE-weiten Aktionsplan für die Umsetzung von Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats zu verabschieden. Wenn wir es schaffen könnten, bis Oktober nächsten Jahres unseren eigenen Aktionsplan zu verabschieden, schiene mir das eine sehr passende Art und Weise, das 20-jährige Bestehen dieser richtungsweisenden Resolution würdig zu begehen.

Die Anzahl der Teilnehmerstaaten mit nationalen Aktionsplänen für die Umsetzung von UNSCR 1325 wächst, allerdings nur langsam. Weniger als zwei Drittel von uns haben einen nationalen Aktionsplan. Auch hier gilt: das müssen wir ändern. Sollte Ihr Teilnehmerstaat noch keinen Plan verabschiedet haben, tun Sie bitte alles in Ihrer Macht Stehende, um darauf aufmerksam zu machen. Sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen hier darüber – es gibt eine Fülle an Erfahrung und viele Personen, die Sie gerne beraten und unterstützen. Die vollständige Umsetzung von 1325 wird uns allen zugutekommen.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

926. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 932, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

zum zweiten Mal in diesem Jahr meldet sich die Delegation der Republik Aserbaidschan zu Wort, um das Forum für Sicherheitskooperation auf die unzulässigen militärischen Übungen Armeniens in den besetzten Gebieten Aserbaidschans aufmerksam zu machen.

Laut offiziellen Informationen aus Regierungsquellen und den armenischen Medien begannen die groß angelegten Militärübungen in Armenien am 24. September und sollen bis 5. Oktober dauern. Armenien hat der OSZE diese Militärübungen zwar angekündigt, aber verheimlicht, dass der geografische Anwendungsbereich der Übungen widerrechtlich auf die souveränen Gebiete Aserbaidschans, die Armenien besetzt hält, ausgeweitet werden soll.

Wir stehen somit vor einer Situation, in der Armenien der OSZE die vorherige Ankündigung betreffend die Durchführung von Militärübungen übermittelt und dabei fälschlich vorgibt, ein Teilnehmerstaat zu sein, der seine Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension erfüllt, dann aber unter eklatanter Verletzung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen und grundlegender OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen die Übungen illegal in den besetzten Gebieten Aserbaidschans durchführt. Die derzeitigen Übungen reihen sich in eine lange Liste unbestreitbarer Belege für die rechtswidrige militärische Präsenz und die rechtswidrigen militärischen Aktivitäten Armeniens in den besetzten Gebieten Aserbaidschans ein. Die Übungen legen beredtes Zeugnis ab von der andauernden unverhohlenen Verletzung Armeniens unserer gemeinsamen OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Die Übungen stehen auch im Widerspruch zu Geist und Buchstaben aller OSZE-Dokumente, die das militärische Verhalten der Teilnehmerstaaten regeln, so auch des Wiener Dokuments und des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit.

Im Juni dieses Jahres führte Armenien unzulässige Militärübungen in den besetzten Gebieten Aserbaidschans durch, in einer Zeit, in der die Verhandlungen unter der Ägide der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE intensiviert wurden. Ja, diese Übungen fanden unmittelbar vor dem Treffen der Außenminister beider Länder in Washington D. C. statt. Und es ist kein Zufall, dass die jüngsten unzulässigen Militärübungen kurz nach dem letzten

Treffen der beiden Minister in New York eingeleitet wurden. All das ist ein weiteres deutliches Beispiel der tatsächlichen Absichten Armeniens, nämlich die Verhandlungen zu konterkarieren und gleichzeitig Übungen und Ausbildungen für seine Streitkräfte abzuhalten, um damit die Besetzung der aserbaidischen Gebiete zu konsolidieren.

Vor diesem Hintergrund fordert Aserbaidschan die OSZE – insbesondere die Minsk-Gruppe der OSZE und ihre Kovorsitzenden sowie den slowakischen OSZE-Vorsitz – nachdrücklich auf, die gravierenden Verletzungen unserer gemeinsamen völkerrechtlichen und OSZE-Verpflichtungen durch Armenien zu verurteilen und zu verlangen, dass Armenien seine Aggression gegen Aserbaidschan beendet, seine Streitkräfte aus den besetzten Gebieten abzieht und sich an substantziellen Verhandlungen im Hinblick auf eine dauerhafte politische Lösung des armenisch-aserbaidschanischen Konflikts beteiligt.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

926. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 932, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

ich möchte von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen, um auf die soeben abgegebene Erklärung der Delegation Aserbaidschans zu antworten.

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr hat Aserbaidschan im Forum für Sicherheitskooperation das Wort ergriffen, um haltlose Anschuldigungen gegen Armenien vorzubringen und die Teilnehmerstaaten mit seinen fiktiven Darstellungen zu konfrontieren.

Selbstverständlich wissen wir den Versuch der Delegation Aserbaidschans zu schätzen, die Teilnehmerstaaten über die in Armenien stattfindende Militärübung zu informieren. Allerdings haben wir – dem Geiste der Transparenz verpflichtet – diese Übung zu Beginn des Jahres bereits selbst angekündigt. Außerdem habe ich in einigen meiner früheren Erklärungen dieses Thema im Detail erörtert und betont, dass die Übung auf dem Hoheitsgebiet Armeniens stattfinden würde.

In diesem Zusammenhang möchten wir die Delegation Aserbaidschans dringend ersuchen, die Teilnehmerstaaten mit dem gleichen Eifer über Militärübungen ihres eigenen Landes zu informieren. Faktum ist nämlich, dass Aserbaidschan nie auch nur eine einzige seiner Militärübungen angekündigt hat – ein Verhalten, das nur als eklatanter und fortwährender Verstoß gegen das Wiener Dokument bezeichnet werden kann.

Zu erwähnen ist ferner, dass Armenien bereits mehrmals auf nicht angekündigte groß angelegte Militärübungen in Aserbaidschan aufmerksam gemacht hat. Statt einen konstruktiven Dialog zu dieser Frage aufzunehmen, rechtfertigt Aserbaidschan ständig seine Nichteinhaltung des Wiener Dokuments, indem es auf den Bergkarabach-Konflikt verweist und die Militärübungen als wichtigen Schritt zur Stärkung der aserbaidschanischen Streitkräfte gegenüber denen Armeniens und Bergkarabachs darstellt. Es sollte also für die aserbaidschanische Regierung keine Überraschung sein, dass andere Parteien auch Übungen abhalten.

Was den Hinweis in der Erklärung der aserbaidschanischen Delegation auf die so genannten „besetzten Gebiete“ anbelangt, möchte ich sie darauf aufmerksam machen, dass

das Volk von Bergkarabach von seinem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch gemacht hat, was dazu geführt hat, dass die Republik Arzach heute de facto ein unabhängiger Staat ist, mit eigenen demokratisch gewählten Staatsorganen und mit Streitkräften, die zur Durchführung von Übungen berechtigt sind, insbesondere angesichts der ständigen Drohungen Aserbaidshans, Gewalt anzuwenden.

Herr Vorsitzender,

sollte Aserbaidshan wirklich daran interessiert sein, Einzelheiten über die Militärübungen in Arzach in Erfahrung zu bringen, laden wir Aserbaidshan dazu ein, direkt mit den gewählten Staatsorganen der Republik Arzach zusammenzuarbeiten. Wie bereits wiederholte Male erwähnt, verfügt die OSZE über ein spezifisches und sehr flexibles Instrument, nämlich die Stabilisierenden Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen, welche in dieser besonderen Situation wirkungsvoll eingesetzt werden könnten, um alle Bedenken auszuräumen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Danke.

926. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 932, Punkt 2 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir haben die von Albanien über das OSZE-Kommunikationsnetz verteilte Notifikation CBM/AL19/0013/F25/0 zur Kenntnis genommen, der zufolge die Sicherheitskräfte des Kosovo an der multinationalen Militärübung „Albanian Effort 19“ vom 9. bis 17. September 2019 teilgenommen haben..

Wir halten es in diesem Zusammenhang für notwendig, auf die Unzulässigkeit der Teilnahme der Sicherheitskräfte des Kosovo an diesen Militärübungen hinzuweisen, und betrachten diese Angelegenheit als grobe Verletzung der Bestimmungen der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Besagte Resolution enthält die klare Forderung nach einer Demilitarisierung aller bewaffneten kosovo-albanischen Gruppen und gestattet auf dem Territorium des Kosovo ausschließlich die Präsenz multinationaler Kräfte unter internationaler Kontrolle.

Die Teilnahme der Sicherheitskräfte des Kosovo an der Militärübung „Albanian Effort 19“ erhält im Lichte des Beschlusses des sogenannten Parlaments des Kosovo vom 14. Dezember 2018 über die Umwandlung der Sicherheitskräfte des Kosovo in eine vollwertige „Armee des Kosovo“ besondere Bedeutung.

Die gegenständliche Situation deutet insbesondere darauf hin, dass die Versuche einiger OSZE-Teilnehmerstaaten, uns weiszumachen, der vorgenannte Beschluss ändere nichts am Wesen der Sicherheitskräfte des Kosovo, an der Realität vorbeigehen: In Wahrheit geht es sehr wohl um eine Änderung der Natur dieser Sicherheitskräfte, die bis vor kurzem Zivilschutzaufgaben wahrnahmen, sowie um die Erhöhung ihrer zahlenmäßigen Stärke, die Bildung von Reservetruppen und die Lieferung von mehr Waffen.

Wir betrachten die von verschiedenen OSZE-Teilnehmerstaaten unterstützten Pläne zur Schaffung einer „Armee des Kosovo“ als schwerwiegende Provokation. Wir stellen fest, dass dies die Lage vor Ort verschlimmert und destabilisiert, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und im Lichte der Stagnation des unter der Schirmherrschaft der Europäischen Union geführten Dialogs zwischen Belgrad und Priština.

Wir sind der Meinung, dass alle internationalen Strukturen und deren Mitgliedsstaaten von jeglichen Handlungen absehen sollten, die die Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrats und das Übereinkommen von Florenz über subregionale Rüstungskontrolle (Anhang 1-B Artikel IV des Friedensvertrags von Dayton für Bosnien und Herzegowina, begrüßt durch die Resolution 1031 (1995) des VN-Sicherheitsrats) verletzen, das auf die Erhaltung der regionalen Stabilität mit Unterstützung der OSZE abzielt.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, den Wortlaut dieser Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.